



Österreichischer Städtebund

Rathaus
1082 Wien
Telefon 42 801

6/SN-45/ME

Entwurf eines Bundesgesetzes über
die Änderung von Familiennamen
und Vornamen (Namensänderungs-
gesetz - NÄG)

Wien, am 26. August 1987
Kettner/Pos
Klappe 2259
005 - 749/87

An die
Parlamentsdirektion

Parlament
1017 Wien

Zi	45	GE/9 87
Datum:	28. AUG. 1987	
Verf. d. d.	31. Aug. 1987	

Hoff
S. Kettner

Unter Bezugnahme auf den mit Note vom 30. Juni 1987, Zahl 10.649/38-IV/4/87, vom Bundesministerium für Inneres übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (Namensänderungsgesetz - NÄG) gestattet sich der Österreichische Städtebund, anbei 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu übersenden.

Suttner

Beilagen

(Reinhold Suttner)
Generalsekretär



Österreichischer Städtebund

Rathaus
1082 Wien
Telefon 42 801

Entwurf eines Bundesgesetzes über
die Änderung von Familiennamen
und Vornamen (Namensänderungs-
gesetz - NÄG)

Wien, am 26. August 1987
Kettner/Pos
Klappe 2259
005 - 749/87

Ihre Zahl 10.649/38-IV/4/87

An das
Bundesministerium für Inneres

Herrengasse 7
1010 Wien

Zu dem mit Note vom 30. Juni 1987 übermittelten Entwurf beehrt
sich der Österreichische Städtebund mitzuteilen, daß demselben
grundsätzlich zugestimmt wird, zu den nachstehend angeführten
Punkten jedoch folgendes bemerkt wird:

Zu § 4:

Hier wird der Grundsatz des § 93 ABGB, daß die Ehegatten den
gleichen Familiennamen zu führen haben, durchbrochen, da im
Namensänderungsverfahren die Möglichkeit eingeräumt wird, auch
nur einen Ehenamen zu ändern. Da die Grundbestimmung, daß Ehe-
gatten, wenn sie dem österreichischen Recht unterliegen, grund-
sätzlich den gleichen Namen führen sollen, auch in anderen Ver-
fahren berücksichtigt wird, wie z.B. Adoptionsverfahren, wird
vorgeschlagen, die auf eine weitere Liberalisierung der Namens-
führung zielende Bestimmung des zweiten Satzes des § 4 ersatz-
los zu streichen.

Ebenso müßte der (2) des § 5 entfallen.

- 2 -

Zu § 7:

Die derzeitige Situation, wonach für die Änderung des Familiennamens der Landeshauptmann, jedoch für die Änderung des Vornamens die Bezirksverwaltung- bzw. Bundespolizeibehörde zuständig ist, ist sicherlich unbefriedigend. Dies sollte jedoch keinesfalls zum Anlaß genommen werden, künftig eine alleinige Zuständigkeit der Bezirksverwaltungsbehörden zu normieren, da diese bereits jetzt die Hauptlast bei der sogenannten "Dezentralisierung" der Verwaltung zu tragen haben. Im besonderen trifft dies auf die Städte mit eigenem Statut zu, deren Magistrate bereits jetzt die Agenden der Bezirksverwaltungsbehörde ohne entsprechende Kostenabgeltung zu vollziehen haben.

Wenn sowohl für die Änderung des Familiennamens als auch für die Änderung des Vornamens künftig der Landeshauptmann zuständig wäre, so würde dies keinesfalls eine Verschlechterung der Antragsteller hinsichtlich ihres Zuganges zum Recht bedeuten, da derartige Anträge ohne weiteres bei den Bezirksverwaltungsbehörden eingebracht werden könnten, welche sodann Vorerhebungen durchführen und dem jeweiligen Amt der Landesregierung vorlegen könnten. Diese Vorgangsweise wird derzeit mit durchaus positivem Ergebnis zum Beispiel bei Verleihungen der österreichischen Staatsbürgerschaft praktiziert, wobei gerade anlässlich der Verleihung der Staatsbürgerschaft immer wieder der Wunsch nach Namensänderung geäußert wird (§ 2, Abs. 1, Ziff. 2 und 3). Gerade hier könnte die Zuständigkeit des Landeshauptmannes zu einer Verfahrenskonzentration und damit zu einer Vereinfachung des Ablaufes führen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden gleichzeitig der Parlamentsdirektion übermittelt.



(Reinhold Suttner)
Generalsekretär